№ 244
A 124

Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 27. Mai 1921

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66⅔ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die kleine Entente wächst.

Von

Dr. Michael Veres.

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

✱ **Belgrad**, Mitte Mai.

In der Belgrader „Tribuna" vom 17. Mai ist eine Bukarester Meldung zu lesen. In außenpolitischen Fragen kommt den Meldungen dieses Blattes, dessen Verbindung mit der radikalen Partei und ihrem Führer, dem Ministerpräsidenten Nikolaus Paschitsch, bekannt ist, eine weit größere Beachtung zu, als anderen Mitteilungen ähnlicher Aufmachung. Aus zuverlässiger Quelle, sagt die „Tribuna", habe sie erfahren, daß Take Jonescu der südslawischen Regierung einen formellen Antrag gestellt habe, indem er die Bereitwilligkeit Rumäniens erklärte, an einem Allianzvertrag teilzunehmen, an dem die Regierungen von Prag und Belgrad mitbeteiligt wären. Die südslawische Regierung hat auf dieses Angebot ihre Bereitschaft erklärt, über eine solche Defensivkonvention mit Rumänien zu verhandeln, namentlich zur Abwehr von bulgarischen oder ungarischen Angriffen. Die diesbezüglichen Vorschläge des Belgrader Auswärtigen Amtes wurden in Bukarest angenommen, und das Abkommen wird in der allernächsten Zeit unterzeichnet werden.

So weit die eingeweihte „Tribuna". Man braucht nicht übermäßige Praxis im Lesen solcher Mitteilungen zu haben, um aus ihr den bereits erfolgten Abschluß zumindest eines militärischen Abkommens zwischen Südslawien und Rumänien festzustellen, das übrigens die naturnotwendige Folge der Abmachung zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien ist. In der kleinen Entente ist für die Tschechoslowakei und für Südslawien ein Machtmittel gegeben, mit dem sie die staatliche Sicherheit beider Verbündeten praktisch gewährleisten. Die Steigerung der Machtmittel durch Abschluß von Militärkonventionen, wie sie zwischen Italien und Südslawien in Rapallo und jüngst zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien in Prag betätigt wird, schließt den Kreis um die Gefahrenherde und versetzt die kleine Entente in ihrer eigenen Interessensphäre in die Lage, gegen Störungen von dritter Seite erfolgreich auftreten zu können.

Mit der Konventionspolitik in Rumänien und Südslawien fällt zeitlich eine gewisse Nervosität der „Objekte des Abwehrbündnisses" zusammen. Die bulgarische Presse, sehr geschickt geleitet, betont den Geist der Versöhnlichkeit. „Dnevnik" (Sofia, 10. Mai 1921) verurteilt den Bandenunfug an der bulgarischen Grenze, den dunkle Individuen lediglich aus räuberischen Zwecken treiben, und wendet sich auch an Rumänien, mit dem es die im Jahre 1913 abgebrochenen Beziehungen wieder aufnehmen möchte. Aber auch mit Südslawien ist man bereit, eine Annäherung zu suchen. Der „Napred" (11. Mai 1921) beklagt die von allen Seiten aufziehenden drohenden Wolken am Horizont Bulgariens: „Die griechische und die rumänische Presse beschuldigen ebenso wie die Belgrader „Pravda" Bulgarien zu Unrecht der Begünstigung der Bandenumtriebe. Bulgarien würde, sagt der „Napred", selbst wenn es dazu in der Lage wäre, keine Abenteuerpolitik mehr treiben und Fehler der Vergangenheit wiederholen. Diese Versicherungen der bulgarischen Presse stehen in vollem Einklang mit der offiziellen auswärtigen Politik in Sofia, allein es gibt auch eine nichtoffizielle, von „unverantwortlichen Elementen" gemachte Politik, deren Vorhandensein zwar als „individuelle räuberische Aktion" bezeichnet, jedoch nicht bestritten wird. Die Konventionen zwischen den Teilhabern an der kleinen Entente und ihren Nachbarn richten sich in erster Reihe gegen die „unverantwortliche" Politik und wollen es verhindern, daß aus ihr eine offizielle Politik werde.

Was die ungarische Presse schreibt, ist hier nicht bekannt; es interessiert auch nicht. Trotz aller Absperrungsmaßregeln und Zensur in Ungarn ist es hier bekannt geworden — die Belgrader „Politika" macht darüber Mitteilungen —, daß „unverantwortliche ungarische Elemente" zusammen mit „unverantwortlichen, außerhalb des Landes lebenden kroatischen Elementen" am Werk sind, die Ruhe wieder einmal zu stören. In dem vom April her noch in rühmlicher Erinnerung stehenden Steinamanger stehe diesmal zur Abwechslung nicht die österreichische, sondern die kroatische Legion zum Einfall in Kroatien bereit. Selbstverständlich wird diese Behauptung, wie alle ihre durch Tatsachen erhärteten Vorgänger, sofort durch ein königlich ungarisches amtliches Dementi „energisch" bestritten werden. Dem Dementi alle Ehre, vielleicht steht in Steinamanger wirklich weder eine österreichische noch eine kroatische Legion; die dort versammelten und in der amtlichen Ausdrucksweise „unverantwortlich" genannten Leute sind jene Braven und Treuen, die für ihren obersten Feldherrn Karl Habsburg unter jeder beliebigen Kopfbedeckung zu kämpfen bereit sind. Diesmal wollen sie Ritter des Fortschritts sein und dem agrarkommunistischen republikanischen Bauernführer Stepan Raditsch auf die Beine helfen. Darin liegt für sie gewiß kein Widerspruch, denn vor nicht allzu langer Zeit gab es gerade genug Rotgardisten unter ihnen.

Wenn die kleine Entente den amtlichen Beteuerungen Bulgariens und Ungarns über Friedensbereitschaft und den Wunsch nach Annäherung in der denkbar skeptischsten Weise gegenübersteht, so sind daran diese unverantwortlichen Elemente schuld. Die Festigung und Verbreiterung der kleinen Entente bedeutet ein deutliches Warnungszeichen für alle Unruhestifter. Hoffentlich trägt man in Sofia und Budapest dem Ernst der Lage Rechnung.

Briands „Lösung" für Oberschlesien.

Das reichste Industriegebiet soll zu Polen!

Vertrauensvotum der Kammer.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 26. Mai.

Die Kammer setzte heute nachmittag die Interpellationsdebatte fort. Der Abgeordnete Lorin von der republikanisch-sozialen Action interpelliert wegen der oberschlesischen Frage. Er führt aus, die Sicherheit Frankreichs und die Fortdauer der Bündnisse stünden dabei auf dem Spiel. Das wirtschaftliche Alldeutschtum sei in Oberschlesien, wie in Oesterreich und in Steiermark an der Arbeit. Dieses Alldeutschtum habe seine Stütze nicht nur in Berlin, sondern es habe auch anderswo „Freunde und Mitschuldige" (Beifall). Man brauche den guten Willen Dr. Wirths nicht anzuzweifeln, seine Ernennung sei vielleicht sogar wirklich als die Morgenröte des neuen Deutschlands zu betrachten. Aber er habe Mitarbeiter, deren Anwesenheit besorgt stimme. Es frage sich, ob er Macht genug haben werde, sein Programm auszuführen. Der Redner versichert, er sei ein aufrichtiger Freund der gegenwärtigen Bündnisse und wünsche keinen Wechsel. Die Bündnisse dürfen aber für keinen der Beteiligten „Abdankungen" zur Folge haben. (Zustimmung). Wenn Frankreich fest darauf bestehe, daß die oberschlesischen Bezirke mit polnischer Mehrheit an Polen fallen, könne es Polen auch Mäßigung empfehlen. (Sehr gut.)

Briand: Das ist die Sprache der Vernunft und den Interessen Polens durchaus entsprechend. (Sehr gut, sehr gut.)

Lorin fährt fort, die Sachverständigen, von denen Briand gesprochen habe, dürften nicht die Rolle von Berufungsrichtern gegen das Urteil der Volksabstimmung spielen. (Beifall.)

Die weiteren Ausführungen Lorins über das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien werden durch Briand unterbrochen, der daran erinnert, wie die schweren Unruhen in Oberschlesien entstanden sind: Einerseits dadurch, daß gewisse deutsche Hoffnungen ermutigt wurden, während die Polen, entmutigt, sich erhoben hätten. Wiederum spricht der Ministerpräsident seine Meinung dahin aus, **daß die Militärs, die in Oberschlesien seien, in dem erregten Lande vielleicht nicht so gearbeitet hätten, wie man es hätte wünschen dürfen.** Warum solle man nicht Juristen und Techniker, das heißt Ingenieure, berufen, die die Lage prüfen und Vorschläge formulierten, die der Friedensvertrag vorsehe? Tatsächlich seien da, wo die Bevölkerung sich als polnisch erwiesen habe, die Gebiete Polen benachbart, und wo die Bevölkerung sich für Deutschland ausgesprochen habe, Deutschland benachbart. **Was die wirtschaftlichen Fragen anbetreffe, so gebe es Sorgen, von denen man sprechen müsse, ohne die Empfindlichkeit der Polen zu verletzen. Das Industriegebiet arbeite für die ganze Welt. Aus diesem Grunde bestimme auch der Friedensvertrag, daß auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rücksicht genommen werden müsse. In vielen Ländern, die Polen nicht ungünstig gesinnt seien, wolle man verhindern, daß eine unerfahrene Leitung die reichen Industrien vernichte. Die industrielle Durchdringung sei so, daß diese Befürchtungen gerechtfertigt seien. Alle diese Fragen müßten in den Akten geregelt werden, die dem Obersten Rat vorgelegt würden, damit er seine Entscheidung treffen könne. Das sei auch die beste Bedingung für Polen, damit die Frage vernünftig und ohne Zweideutigkeit geregelt werde. Frankreich habe von der polnischen Regierung verlangt, daß die Bedingungen des Vertrages vervollständigt werden, damit, wenn Deutschland Oberschlesien genommen würde, man ihm nicht auch die Zahlungsmittel nehme, denn 15 Jahre hindurch müsse es Rohmaterialien zu den heutigen Bedingungen beziehen können, und die Gebiete seien verpflichtet, an den Reparationsbedingungen Deutschlands solidarisch teilzunehmen. Er sei überzeugt, daß die polnische Regierung geneigt sei, daß diesen wirtschaftlichen Befürchtungen Folge geleistet werde. Nun verbliebe nur noch die Interpretierung der Abstimmungsziffern nach Kommunen, sowie eine geographische Gruppierung unter Berücksichtigung der Volkswirtschaft. Der französische Standpunkt sei, daß die reichste Minengegend Polen zugesprochen werde. Wenn die Bevölkerung sich für Deutschland ausgesprochen hätte, dann würde sich Frankreich dem Votum fügen, aber die Bevölkerung habe sich für Polen ausgesprochen. Das sei aber kein Grund, daß man Polen diese Gebiete, die ihm zukämen, nicht zusprechen werde.** (Allgemeiner Beifall.)

Der Abg. Lorin dankt dem Ministerpräsidenten für diese Erklärung und geht schließlich zu dem Reparationsproblem über, das nicht nur eine Ziffernfrage sei, sondern auch eine Frage der Energie. Die französischen Soldaten, die am Rhein Wache hielten, seien da, um die Ausführung des Vertrages sicherzustellen. Man verlange, daß Polen, das Frankreichs Verbündeter sei, auch von den französischen Soldaten beschützt werde.

Lourin erklärt, Frankreich würde in den Augen der kleinen Nationen verlieren, und das Alldeutschtum würde gestärkt werden, wenn Frankreich in der oberschlesischen Frage nicht fest bleibe.

Briand betont, die gefährliche Stunde, in der Deutschland sich aufgefordert glaubte, selbst die Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen, sei vorüber. Frankreich hoffe, daß es sich seiner Truppen am Rhein nicht zu bedienen brauche. Es würde dies aber tun, wenn es nötig wäre. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Rede Loriens verlangten viele Abgeordnete den Schluß der Debatte. Der Präsident erklärte, die eingeschriebenen Redner hätten das Recht, zu sprechen. Dann besteigt der Radikale Kloß, der frühere Finanzminister des Kabinetts Clemenceau, die Tribüne.

In der Debatte erhält zuerst das Wort der Abgeordnete Kloß. Er erinnert daran, daß Briand gesagt habe, es gäbe zwei Systeme, das der Abgeordneten Tardieu und Forgeot und das seinige. Das erstere sei nach seiner Ansicht ein Sprung ins Dunkle. Er habe dann gesagt, er habe seine Verantwortlichkeit übernommen und die Abgeordneten aufgefordert, das Gleiche zu tun. Damit wolle er sagen, man solle seine Verantwortlichkeit teilen. Kloß fragt Briand, ob er nicht glaube, daß man England schon genug Konzessionen gemacht habe. Ministerpräsident Briand ruft dazwischen: Unsere Alliierten haben ebensoviel getan und vielleicht mehr als wir! Kloß führt weiter aus, die Gründe für die Reibungen seien zwischen England und Frankreich immer zahlreich gewesen. Schon im Abkommen von 1904 seien sie sehr ernst gewesen. Aber dieses Abkommen habe die französisch-englische Allianz ermöglicht. Der Abgeordnete spricht alsdann von den finanziellen Klauseln des Londoner Abkommens. Durch einen Zwischenruf daran erinnert, daß er früher erklärt habe, Deutschland werde alles zahlen, behauptet Kloß, man habe diese Aeußerung entstellt. (Der Abgeordnete wird so oft unterbrochen, daß der Kammerpräsident kaum die Ruhe herstellen kann.) Er habe gesagt, Deutschland werde zahlen, es müsse zahlen, denn man habe die Macht, es zu zwingen. (Es entsteht wieder große Unruhe, so daß kein Wort des Redners zu verstehen ist.

Nachdem Ruhe eingetreten ist, wirft Kloß der Regierung vor, daß sie nicht zur gegebenen Stunde Deutschland begreiflich gemacht habe, daß Frankreich entschlossen sei, dem Friedensvertrag Respekt zu verschaffen. Der Ministerpräsident habe gesagt — das sei noch nicht 14 Tage her, — der Friedensvertrag sei lebendig. Einige Tage darauf habe der gleiche Ministerpräsident sich auf diesen Friedensvertrag gestützt, weil er wohl gewußt habe, daß dies der letzte Stützpunkt für Frankreich sei.

Nach dem Abkommen von London müsse Frankreich, um zu Zahlungen zu gelangen, Lieferungen entgegennehmen und den Wiederaufbau gestatten. Er fragt, unter welchen Bedingungen die Schatzbons placiert werden sollen. Die klardenkenden Fachleute aller Länder hätten gesehen, welch ungeheuren